

# Leipziger Volkszeitung

## Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementspreis** für einen Monat einschließlich Bringerlohn 8.— Mtl., bei Selbstabholung 7.50 Mtl. Durch die Post bezogen vierteljährlich 24.— Mtl., für einen Monat 8.— Mtl. — Preis der Einzelnummer 40 Pfg. — Telefon für Kantor und Expedition: 2721 und 4598. — **Postcheckkonto-Nr. 53477**

**Redaktion:** Leipzig, Tauchaer Str. 19/21  
Telegraph-Adresse: Volkszeitung Leipzig  
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**  
Tauchaer Straße 19/21 — Telephon 4598

**Insertatenpreise:** Die 7 gespaltene Kolonellzeile oder deren Raum 2.50 Mtl., bei Platzvorschrift 3.— Mtl.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 2.— Mtl. Reklame-Kolonellzeile 10.— Mtl. — Telephon für die Insertaten-Abteilung 2721. Schluß der Insertaten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

### Die Verhandlungen in London. Der Stand der Verhandlungen.

Die Verhandlungen zwischen Lloyd George und Briand nehmen ihren Fortgang, ohne daß sie bisher ein greifbares Ergebnis erzielt hätten. Der Gedanke einer Neutralisierung des besetzten Rheingebietes erhält sich aufrecht. Die Voraussetzung dazu wäre ein Garantievertrag Englands, der nach Auffassung Lloyd Georges von Deutschland gegengezeichnet werden müsse. Zwar dementiert Briand kategorisch alle diese Nachrichten. Eine Meldung lautet:

Briand erklärte dem Sonderberichterstatter des *Matin*, die Meldung, Lloyd George habe eine Entente zu Dreien mit Deutschland als Partner vorgeschlagen, sei reine Erfindung. Nicht ein Wort davon sei wahr. Demgegenüber hält der Sonderberichterstatter des *Echo de Paris* die Nachricht aufrecht, daß Lloyd George einen derartigen Vorschlag unterbreiten wolle. Er habe ihn noch nicht entwickelt und behalte sich ohne Zweifel seine Einbringung für eine günstigere Zeit vor.

Im Gegensatz zu dem Dementi Briands hält der *Manchester Guardian* den Gedanken der Neutralisierung der Rheinlande unter Hinzuziehung Deutschlands aufrecht. Er erhält seine Informationen zweifellos aus den Kreisen der englischen Regierung. Die Politik Lloyd Georges, so teilt er mit, sei folgende:

Großbritannien ist bereit, die französischen militärischen Sicherheiten auf folgende Art zu garantieren: Zunächst müssen die Reparationsverpflichtungen aus dem Wege geräumt werden. Zu diesem Zwecke sei Großbritannien bereit, den gesamten Reparationsplan zu revidieren. Frankreich und Belgien sollen ihre wertvollsten Gebiete durch Deutschland nach der Methode des Wiesbadener Abkommens wiederhergestellt erhalten. Großbritannien gibt keine gesamten Forderungen an Deutschland auf mit der Begründung, daß das verweirteste Gebiet Großbritanniens sein Handel ist, und daß die einzige Art der Erholung die Wiederherstellung des europäischen Handels, an die Beseitigung der künstlich durch ein nutzloses Reparationssystem geschaffenen Atmosphäre geknüpft ist.

Großbritannien stellt jedoch Bedingungen. Die erste und wichtigste, auf die, wie verlautet, Lloyd George dringen werde, sei daß Frankreich sowohl zu Lande als auch zur See abrüste. Die Mittelung, daß Frankreich seine Forderungen nach einem größeren Flottenverhältnis aufgegeben habe, rufe Lloyd George nicht weit genug. seiner Ansicht nach müsse Frankreich auch seine U-Boote und seine Fernspreckwaffe abrüsten. Die von Frankreich als Bedingung für seine Abrüstung geforderte Sicherheit soll dadurch garantiert werden, daß die angrenzlichen von den allierten Truppen besetzte Zone weitrlich des Rheins neutralisiert werde. Ihre Neutralität würde von Deutschland, Frankreich und Großbritannien und möglicherweise auch von Belgien garantiert werden. Jede Partei, die Truppen in diese Zone sende, solle von den übrigen Parteien daraus vertrieben werden. Für Deutschlands passive Neutralität habe dies laut *Manchester Guardian* den Reiz, daß die französischen Truppen unverzüglich aus der Rheinzone zurückgezogen würden, für Frankreich habe es den Vorteil, daß es eine endgültige Garantie für seine Sicherheit erhalte, falls Deutschland die neutrale Zone verletzen sollte.

Die englische Presse spricht sich mit Schärfe gegen den Gedanken der „Ottomanisierung“ Deutschlands, der in der von französischen Sachverständigen angestrebten Finanz- und Zollkontrolle durch Beauftragte der Garantiekommision zum Ausdruck kommt.

Die Verhandlungen zwischen Briand und Lloyd George werden sich wahrscheinlich bis morgen oder übermorgen hingziehen.

### Noch keine Einigung.

Berlin, 22. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Der *Posten* berichtet, daß die Verhandlungen zwischen Lloyd George und Briand gehen nur sehr langsam voran. Bisher hat sich, obwohl die Besprechungen in freundschaftlicher Form geführt werden keine Möglichkeit gezeigt, zu einer Einigung zu kommen. In der Frage der Reparationen und der Zurückziehung der Besatzungstruppen aus dem okkupierten Gebiet sind die Meinungen nach wie vor ebenso verchieden wie am ersten Tag der Begegnung. Die Franzosen vertreten auch in der heutigen Sitzung noch den Standpunkt, daß energische Maßnahmen gegen Deutschland angewendet werden müssen, während Lloyd George befürchtet, dadurch das Kabinett Wirth zu sehr zu erschüttern und die europäischen Schwierigkeiten noch weiter zu vermehren. Die hier geführten Verhandlungen zwischen englischen Sachverständigen einerseits und Rathenau, Fischer und Havenstein andererseits haben wesentlich dazu beigetragen, die Ansichten gewisser politischer Kreise über die deutsche Leistungsfähigkeit zu ändern. Infolgedessen plädiert Lloyd George für eine bedeutende Reduzierung der Schuldsomme, die in erträglichen und erlaubbaren Grenzen festgesetzt werden soll. Die französischen Delegierten haben dagegen auch heute die Ansicht vertreten, daß Deutschland nur versuche, sich seinen Verpflichtungen zu entziehen. Die Sachverständigen haben den ganzen Tag über versucht, eine einheitliche Formel zu finden, die den Bedürfnissen und Wünschen aller Parteien gerecht werden könnte.

### Das voraussichtliche Ergebnis.

Berlin, 22. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Das *berliner Tageblatt* erzählt aus Paris folgende unter

starkem Vorbehalt aufzunehmende Mitteilung des Internationalen Komitees über das voraussichtliche Ergebnis der Londoner Konferenz.

Erstens: Zwischen Frankreich und England soll ein starkes Band geknüpft werden. Es ist ausgemacht, daß Berlin weder von England noch von Frankreich ohne Einverständnis des anderen Partners unterstützt wird.

Zweitens: Es wird eine Vereinbarung nur über die dringenden finanziellen Maßnahmen getroffen, die es Deutschland ermöglichen sollen, im Jahre 1922 die Barzahlungen zu leisten, die Belgien und Frankreich brauchen.

Drittens: Der Oberste Rat soll in einer Tagung, die nach der Londoner Konferenz stattfindet, die Frage der weiteren Zahlungen prüfen und die internationalen Valutaschwierigkeiten zu lösen versuchen. Bei dieser Gelegenheit soll über die große internationale Anleihe gesprochen werden.

Viertens: Ueber die Ausnutzung des Wiesbadener Abkommens sind auch Frankreich und England nunmehr einig. Ein ähnliches Abkommen zwischen London und Berlin ist im Werden.

Fünftens: In einer Unterredung zwischen Douhaeur, Sir Robert Horne und Rathenau soll Douhaeur dem deutschen Vertrauensmann angeben, wie sich von nun an die deutsche Finanzpolitik zu gestalten hat.

Alles, was über diese fünf Punkte hinausgeht, insbesondere die Berechnung der deutschen C-Bons und die Reorganisation Rußlands, sollte auf der internationalen Konferenz erörtert werden, an der auch Deutschland und Rußland teilnehmen müssen. Diese Konferenz werde nicht vor Ende Januar, vielleicht sogar Februar einberufen.

### Der Zusammenriss des Obersten Rates.

Paris, 21. Dezember. Der Sonderberichterstatter von *Savoy* in London berichtet, daß im Verlaufe der Unterredungen Lloyd George und Briand sich dahin entschieden, den Obersten Rat zu einer Sitzung einzuberufen, die in Cannes während der ersten Januarwoche 1922 abgehalten werden soll. Die Konferenz der Außenminister von Frankreich, England und Italien werde etwas später wahrscheinlich in Paris abgehalten werden.

### Abbau der militärischen Kontrollkommissionen?

Verschiedene Blätter berichten, daß General Nollet einen Abbau der militärischen Kontrollkommission vorbereite und beschließen habe, die Provinzialstellen einzuziehen und in Berlin zu zentralisieren. Wie die *Telegraph-Union* mitteilt, liegen an amtlicher Stelle darüber keinerlei Nachrichten vor. Lediglich sei das Auswärtige Amt von dem Vertreter der Militärkommission darauf aufmerksam gemacht worden, daß beabsichtigt sei, Anfang des nächsten Jahres die Luftfahrtkommission abzubauen.

### Notenwechsel über die farbigen Besatzungstruppen.

Auf eine Anfrage der Reichstagsabgeordneten Rahl und von Schöck über die Verwendung farbiger Besatzungstruppen im Rheinland ist von der Reichsregierung geantwortet worden, daß über diese Angelegenheit mit der französischen Regierung ein Notenwechsel stattgefunden habe. Der Wortlaut der Noten werde dem Reichstag zur Kenntnis gebracht werden. Es wurde ferner mitgeteilt, daß im Reichsministerium des Innern eine umfangreiche Zusammenstellung der Ausschreitungen bearbeitet werde.

### Ein Abkommen zwischen Japan und der Sowjetrepublik.

Washington, 21. Dezember. (Berl. Tagebl.) Zwischen der Sowjetrepublik des Fernen Ostens und Japan ist ein Abkommen getroffen worden: 1. Die Forts von *Wladiwostok* werden von den roten Truppen geräumt. 2. *Wladiwostok* wird ausschließlich Handelshafen. 3. Die von der Regierung in *Tschita* im letzten Frühjahr in *Nikolajew* mit Japan getroffenen Vereinbarungen bleiben bestehen. 4. Die japanischen Truppen räumen die besetzten sowjetrussischen Gebiete im Laufe des Monats Januar.

### Stürmische Zusammenkünfte im bayerischen Landtag.

Provokationen Müller-Weinigungs. München, 22. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) In der Plenarsitzung des bayerischen Landtags wurde gestern ein Amnestieantrag und ein Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses für die Festung Niederschönenfeld behandelt. Dabei kam es zu stürmischen Szenen. Der frühere Justizminister Müller-Weinigungs (Demokrat) beantragte, den Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses an den Ausschuh zurückzuverweisen und zunächst die Denkschrift der bayerischen Regierung über Niederschönenfeld abzuwarten. Abgeordneter Blumtritt (USP.) bezeichnete dieses Vorgehen als ein Täuschungsmanöver, worauf Müller-Weinigungs ihm in höchster Erregung antwortete, er solle schweigen, er habe keine Ehre im Reibe. Diese Provokation löste eine stürmische Entzündung bei der USPD-Fraktion aus. Es fielen scharfe Zwischenrufe, wie: *Chraßschneider!*; *so ein Kerl war Justizminister!* usw. Der Präsident konnte lange nicht Ruhe schaffen. Schließlich endete der Tumult mit zwei Ordnungsrufen für den Abgeordneten Blumtritt (USPD.). Der Amnestieantrag wurde abgelehnt, der Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wurde schließlich mit den Stimmen der USPD. an den Verfassungsausschuh zurückverwiesen.

### Die Kapp-Justiz. Ein Verurteilter im Jagow-Prozess.

Das Reichsgericht verurteilte am Mittwoch nachmittags den Angeklagten v. Jagow zu fünf Jahren Festungshaft und stellte das Verfahren gegen die Angeklagten von Wangenheim und Dr. Schiele auf Grund des Amnestiegesetzes vom 4. August 1920 ein.

Der Jagow-Prozess hat wahrhaftig mit einer Verurteilung geendet, wenn auch nur mit einer Eindrittel-Verurteilung. Das ist immerhin schon mehr, als mancher Hoffmeister erwartet hat. Bei der bekannten Verfassung unserer Rechtspflege wäre auch ein glatter Freispruch bzw. die Amnestierung aller dreier Angeklagten nicht ausgeschlossen gewesen. Und die Führung des Prozesses durch den hohen Senat konnte zu allerlei Erwartungen Anlaß geben.

Nun, es ist also doch zu einer Verurteilung gekommen. Die deutsche Republik hat ein dreiviertel Jahre nach dem Kapp-Putsch wahrhaftig die Genugtuung, daß ein ganzer Kappist zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt worden ist. Einer von all denen, die in den Märztagen 1920 Hochverrat verübten, wird Strafe erteilt!

Einer! Das ist die etwas magere Bilanz der Justizjagd hinter den Kappputz. Aber wie soll das Ergebnis anders sein, wenn ein Lahmer, auf drei Beinen hinkender Amtschimmel, der auf beiden Augen so schlecht sieht, wie er in diesem Falle zu sehen wünschte, hinter Verbrechern hertrötelt, die neben allen Errungenschaften der Technik, als da sind Auto und Flugzeug, über gute Verbindungen und helfende Freunde in einflussreichen Stellen verfügen. Wozu wäre ein monarchisches Offizierkorps in diversen Reichwehrruppenteilen und mancherlei Sippsundertschaften denn da, wenn es nicht einmal dafür sorgen könnte, daß monarchistische Putschführer nach ihrem Fiasko unbelästigt ins sichere Ausland entkommen könnten. Die deutschen Obrigkeiten haben anscheinend ihre Hände nicht mit der Ergreifung von Kappisten besetzt; die Herren Schiele und Wangenheim sind von ausländischen Behörden der deutschen Justiz in die Hand gespielt worden. Und Herr v. Jagow zog es im Vertrauen auf das Reichsgericht vor, lieber eine verhältnismäßig gelinde Festungsstrafe zu riskieren — es konnte ja auch ein Freispruch werden —, als ein immerhin nicht ganz bequemes Fünftlingsleben fortzusetzen, und stellte sich selbst, nachdem er sicher war, daß ein hohes Reichsgericht ihm die Schreden der Untersuchungshaft ersparen werde. Also kam die deutsche Justiz schließlich doch in die Notwendigkeit, über Kappbrecher zu Gericht sitzen zu müssen. Drei Mann hoch erschienen sie vor dem Reichsgericht. Drei Mann, die sich durch Stellung einer Kaution, die sie mit Hilfe guter Freunde aufgebracht hatten, vor der Untersuchungshaft schützen konnten. Ihre Gesundheit ist nicht in jahrelanger Haft zermürbt worden, wie die jener kommunistischen Putschisten, die wir vor einigen Wochen hochläufig, blutspudend, kaum fähig, sich auf den Beinen zu halten, wie wandelnde Gespenster vor den Schranken desselben Reichsgerichts aufmarschieren sahen. Sie durften, wie Rechtsanwalt Graf an einem Beispiel nachgewiesen hat, selbst gegen Kaution nicht freigelassen werden, denn sie hätten ja trotz der hinterlegten Gelder flüchten oder doch den Sachverhalt verdunkeln können. Bei Kavalieren, bei glühenden Patrioten, als welche die drei Jagowiter nach dem Attest eines hohen Gerichtshofes anzusehen sind, war das wohl nicht zu befürchten. Die Angeklagten hatten sich zwar, wie verschiedene aufgefunden Briefe beweisen, mit Hilfe ihrer guten Freunde über die Zeugnisaussagen, die im Vorverfahren gemacht wurden, sehr gut auf dem laufenden gehalten und es ist anzunehmen, daß sie untereinander selbst auch nicht ohne Verbindung waren. Die Aussagen der Angeklagten und ihrer Schutzzeugen weisen in ihren Grundlinien eine verblüffende Übereinstimmung auf, und die Zurückhaltung dieser Zeugen in gewissen Punkten paßte vortrefflich dazu. Aber damit ist natürlich nicht erwiesen, daß die Belassung der Angeklagten auf freiem Fuß zur Verdunkelung der Affäre geführt habe. Man kann auch schließen, daß die Übereinstimmung daraus entspringt, daß eben alle die Wahrheit gesagt haben. Und das hohe Reichsgericht ist sicherlich dieser Ansicht gewesen. Es kommt eben alles auf die freie Beweiswürdigung an.

Darauf kommts auch an bei der Entscheidung, ob die von Wangenheim und Dr. Schiele Führer im Kapp-Putsch gewesen sind oder nicht. Der Oberreichsanwalt sah sie als Führer an, der hohe Senat ist anderer Ansicht. Herr Reichsanwalt Neumann hat in seiner Anklage das führermäßige Heraus-treten der Herren bei verschiedenen Gelegenheiten hervor-gehoben: v. Wangenheim verhandelte mit den Eisenbahnern, um sie zum Unterlassen des Generallstreiks zu bewegen. Er setzte sich für Durchhalten ein. Er hielt den Kappisten Vorträge über die Ernährungsfrage, die diesem Zwecke dienen sollten, er stellte dem Unternehmen seine in weiten Kreisen der Landwirtschaft hochangesehene Person, den Gründer des Bundes der Landwirte als Landwirtschaftsminister zur Verfügung und warf damit ein erhebliches Gewicht in die Wa-